

dpa Meldung vom 17. 1. 08

Initiativen überreichen 8000 Unterschriften für Gesamtschulen

Hannover (dpa/Ini) - Mehrere niedersächsische Initiativen für die Errichtung neuer Gesamtschulen haben Kultusminister Bernd Busemann (CDU) am Mittwoch in Hannover rund 8000 Unterschriften von Unterstützern überreicht. Der Minister kündigte erneut an, das Errichtungsverbot für Gesamtschulen nach der Landtagswahl am 27. Januar aufzuheben. Ein entsprechendes Gesetz werde vorbereitet und schon zu Beginn der nächsten Legislaturperiode verabschiedet. Nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft lehnten Gesamtschulen im vergangenen Jahr etwa 2300 Schüler ab. Das seien 40 Prozent der Bewerber.

SPD-Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner warf der amtierenden Landesregierung vor, trotz ihrer Ankündigungen keine Integrierten Gesamtschulen zulassen. «Wer Gesamtschulen will, muss (Ministerpräsident Christian) Wulff abwählen.» Nach der gewonnenen Wahl werde er sofort das Errichtungsverbot für Gesamtschulen kippen. Die schulpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Ina Korter, sagte, in 30 niedersächsischen Landkreisen gebe es derzeit keine Gesamtschulen. «Diese schwarzen Löcher haben Sie zu verantworten», rief sie Busemann zu.

Busemann sagte, die Schulträger müssten einen Bedarf in den Gemeinden feststellen, bevor dort neue Gesamtschulen eingerichtet werden könnten. Das dreigliedrige Schulsystem aus Gymnasium, Real- und Hauptschule müsse jedoch auch in Gemeinden erhalten bleiben, die über eine Gesamtschule verfügten.

Ein Sprecher des Aktionsbündnisses Gegliedertes Schulwesen erklärte, die SPD täusche die Wähler über ihre wahren schulpolitischen Ziele. Die Einrichtung neuer Gesamtschulen sei nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur totalen Abschaffung aller Gymnasien, Real- und Hauptschulen.
dpa bvi yyni z2 bz

161337 Jan 08